

Die Zeitung und Beilage kann andere
Editor und Redakteur mit dem preis:
Wahlzeit 4 Pf., monatlich 1 Kr.
Wahlzeit 8 Pf. (monatlich und überdr.) monatlich
1.50 Kr., mindestens 1.50 Kr.
Kauf die Zeitung.
(2. und 3. Klasse) verschieden
und der berühmte Friede zwischen
1.25 Kr. (monatlich) 1.50 Kr. (monatlich).
Vorbericht für Deutschen 9 Kr. 60 Pf.
Tageblatt 8 Kr. monatlich.

Wochenzeitung: Tagesschau 8.
Bei anderen Zeitschriften, Blättern,
und Konsultationen, sowie Redaktionen und
Zeitungsschriften.

Sie eingeschlossene Nummer steht 10 Kr.

Reklamationen:

Berliner Reklamations: Tagesschau 8.
Bei anderen Zeitschriften, Blättern,
und Konsultationen, sowie Redaktionen und
Zeitungsschriften.

Sie eingeschlossene Nummer steht 10 Kr.

Reklamationen:

Deutsche Presse 8.

Telefon Nr. 14092, Nr. 14094.

Berliner Reklamations: Berliner
Zeitung 8. W. 1. Preis. Preis. Berliner
Zeitung 1. Preis. Preis.

Leipziger Tageblatt

und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 296.

Freitag 25. Oktober 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Gegenbesuch des Königs Alfons von Spanien am sächsischen Hofe ist bis auf weiteres aufgegeben worden, weil der gleichzeitig geplante Besuch des Königs Alfons in Wien auf Zeit wegen des Gesundheitszustandes des Kaisers Franz Joseph unmöglich erscheint.

* Es verlautet, daß die Beratung der Wahlrechtsvorlage in der zweiten Kammer nach Beendigung der Vorberatung des Haushaltsetats, die bis zum 5. November gehen dürfte, begonnen werde.

* Die sächsische zweite Kammer verhandelte gestern über Verwaltung und Verwahrung der königlichen Sammlungen. (S. Ber.)

* In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurde über die Resolution des Reichstages zum Reichshaushaltsetat und zu dem Etat der Schuhgebiete für 1907 Beschluss gefaßt.

* Die Fortschreibung des Moltke-Harden-Prozesses, der gestern Erörterungen über das Treffen von Mitgliedern der Tafelrunde brachte, soll heute vormittag mit der Vernehmung des Fürsten Philipp Eulenburg weitergeführt werden. (S. Art. und Ber.)

* König Haakon ist zu einem Besuch in Kopenhagen eingetroffen. (S. Ausl.)

* In Brüssel wurde eine internationale Konferenz gegen den Maßnahmenhandel eröffnet. (S. Ausl.)

* Die Minister Kort und Bacskay haben endgültig ihren Rücktritt angekündigt.

* Die holländische Regierung hat eine Altersverleihungs-Vorlage eingebrochen.

* Der italienische Ministerrat ermächtigte, wie aus Rom gemeldet wird, den Schatzminister, den Opfern des Erdbebens in Kalabrien Unterhöhungen zu schenken und die dringendsten Hilfsarbeiten anzubieten. (S. Neues a. d. W.)

* Der Ort Fertuggiano ist, wie aus Reggio (Kalabrien) gemeldet wird, durch das Erdbeben vollständig zerstört worden. Unter den Trümmern liegen 200 Tote und viele Verletzte. (S. Neues a. d. W. und Zehn. Dep.)

Der Papst und die deutsche Polenpolitik.

Das Bestreben der grosspolnischen Propaganda, durch Drohungen an die Freiheit des Vatikans auf die preußische Ostmarkenpolitik massgebenden Einfluss zu gewinnen und so den Überstand des Polentums gegen die Staatsoberkeit von außen her zu stärken, macht sich, obwohl deruelle Verlust beim polnischen Schulstreit höchst gelichtet ist, neuerdings wieder mit großer Entschiedenheit bemerkbar. Die noch nicht erfolgte Wiederbelebung des erzbischöflichen Stuhls von Polen-Ostpolen und die Verurteilung des Provinzials Olszowski aus Cracow (Westpreußen) wegen Be teiligung am Schulstreit soll die natürlich darauf hinzu läuft, der preußischen Regierung in anderer Beziehung Schwierigkeiten zu bereiten, angeblich gesichert. Anfangs sollen die katholischen Bischöfe und Priester zu willenslosen Werkzeugen des Kampfes gegen das Deutsche und Christentum geschnappt werden. So schreibt die "Gazeta Gospoła": "Der Schulstreit, die Bestrafung unserer Priester mit Gefängnis wird uns immer im Gedächtnis haften bleiben, die Bestrafung wird immer gröber werden. Es fehlt zwar nicht an Achtung und Gehorham gegenüber der kirchlichen Behörde — weil wir Polen sind — aber die Liebe und Abhängigkeit zu unserem Oberhaupt die zu Anfang fast grenzenlos war, — lebt aber nur noch gering, — wird vollständig ausblieben, und es wird nur die falsche Liebe überbleiben. Der hochwürdige Bischof steht wohl selbst daran, denn andern sonst können wir es und nicht erklären, daß er die Herren Schäflein und seiner Schäflein und seiner Priester von sich fest weglöst." Der "Zehn" lädt sich folgendermaßen vernachmen: "Es ist somit klar, daß wir von Rom, daß unsere Verhältnisse gegen die Preußische erhabenen und durchtriebenen Diplomaten den Kardinalen Koppi betrachtet, nichts erwarten können. Es wundert uns nur, daß es immer noch keine gibt, die sich nach Rom und den deutschen Bischöfen umsehen. ... Wir leben alle für den Glauben, wir kämpfen für die Grundsätze der heiligen Kirche. Wir haben daher das Recht, zu hoffen und zu verlangen, daß Rom offen anstreute und erklärt, welche Stellung es einnimmt, denn bis jetzt wissen wir nicht, was es eigentlich denkt. Wir sind alle davon überzeugt, daß wir, wenn wir kämpfen und leben, dies für die Kirche tun. Sollten wir uns nicht haben? Rom, tu es agitur!" Der "Dziennik Krakowski" erklärt: "Auch wir erwarten, daß der Staatshalter Christ in Rom und nicht dem Moloch der preußischen Politik der Entnationalisierung opfern wird, denn sonst könnten schreckliche Szenen geschehen, angeschlossen deren unsere gegenwärtige Lage nur ein Spiel wäre.

Die Beziehung des erzbischöflichen Stuhls in Polen ist nicht ausschließlich Sache der katholischen Kirche, sondern eine hochwichtige Frage unserer nationalen Politik. Die Zeiten sind vorüber, wo man mit und handeln konnte wie mit nachgiebigen Schafen. Heute hat sich in dieser Beziehung vieles geändert, und wenn ein Deutscher — und wäre es auch der älteste Mensch — den erzbischöflichen Stuhl einnehmen sollte, dann mühten wir die polnische Diplomatie auf Seiten unserer Feinde — der preußischen Polen — und daraus die entsprechenden Schläfe ziehen.

Und in einem anderen Artikel desselben Blattes heißt es: "Durch ganze Jahrhunderte waren wir treue Söhne der Kirche; wir opferten vielfach unsere nationalen Interessen für Rom. Heute haben wir das Recht, von Rom zu verlangen, daß es nach den Worten Christi seine Stellung verlässt, um das Hundertste zu retten, daß ihm auch heute noch treu ergeben ist, obwohl es von allen verlassen ist. ... Selbstredend steht wohl Petrus vor der Kirche an, aber nicht einem 4 Millionen betragenden Teile des 20 Millionen zählenden polnischen Volkes. Wir lieben uns als Katholiken von dem Stuhl Petri, dem Haupte der Kirche überzeugen, nicht zurück, dafür aber haben wir auch das Recht, den Stuhl zu verlangen, der uns von Rom aufzieht. ... Seien wir mehr Polen als Katholiken, dann wird auch Rom ein Interesse daran haben, uns zu unterstützen."

Diese Anprüche und Hoffnungen der fanatischen Agitatoren des Grosspolentums erhalten durch eine Meldung der "Gazeta Narodowa", jenseit des Vatikans in Prag kommt, eine bestimme Beleuchtung. Der

römische Berichterstatter dieses Blattes will von „einem italienischen, in nahen Beziehungen zum Vatikan stehenden Bürdenträger“ folgendes erfaßt haben: „Hinsichtlich der Erneuerung eines neuen Erzbistums von Polen ist noch nichts Entscheidendes geschehen. Im Gegenteil habe ich mit vollster Sicherheit erfahren, daß die Verhältnisse jetzt noch ebenso liegen, wie unmittelbar nach dem Tode des Erzbischofs. Die preußische Regierung bleibt aus leicht verhüllten politischen Gründen dabei, den erzbischöflichen Stuhl von Großenhain ein Prelat deutscher Nationalität besetze. Der Papst dogegen, nach den Grundlinien der Gerechtigkeit sich richtend und das Wohl der Kirche im Auge haltend, verlangt, daß der erzbischöflichen Stuhl des heiligen Adalbert ein Erzbischof polnischer Nationalität erhält. ... Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser erzbischöfliche Stuhl noch lange Zeit unbelegt bleibt und die Leitung der Diözese noch wie vor in der Hand des provisorischen Verwalters, des Herrn Bischofs Wilhelmi, verbleiben wird. Der Konflikt zwischen Preußen und dem heiligen Stuhle ist offen, berührte die normalen Verhältnisse zwischen Preußen und dem Papst nicht. In Berlin weiß man nämlich recht gut, daß an der Zuständigkeit der polnisch-deutschen Verhältnisse unter dem preußischen Sieger der Vatikan keine Schuld trägt, im vorliegenden Falle aber der heilige Stuhl eine Stellung eingenommen hat, die in Berlin nicht unvorgeesehen war.“

Der Staat im Staate.

(Von unserem römischen P-Korrespondenten.)

Die Herren organisierten Arbeiter von Mailand, Bologna und Turin, der Generalrat der Gewerkschaften, der Zentralvorstand der sozialistischen Partei (seitlich der Spezialpriester für die reformistische Richtung) und das Syndikat der Herren Eisenbahner des Königreichs Italien haben zehn Tage lang in teils prahlhaft, teils akademischer Weise revolutionäre politische Auseinandersetzungen gehabt. Wie sie aber nicht mehr konnten, so wußt sich bei den Beteiligten das richtige Verhältnis zu verhüllten schien, und die eigenen Kräfte in die Brüche gingen, beklagten sie, das Spiel in einer Weise zu beenden, daß man die Furcht vor ihnen so bald nicht loswerden könnte. Man war im Spiel gerade bei der Stelle angelangt, wo die Regierung des Bourgeois-Staates im Brustton das Quos ego rief und nach gebührender Verbeugung vor dem Neutralitätsprinzip bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit und ihnen wie auch immer gearteten Folgen den Beifall stundete. Die Eisenbahner in ihrer Eigenschaft von gesetzlich kontrollierten Staatsbeamten wegen ihres Streiks zu bestrafen sowie den auch Eisenbahner, weil sie gütig nicht getreift hatten, durch Strafziffern die Dunkelheit zu erreichen.

Der außergewöhnliche Zuschauer gewißtig davon, daß von der elektoralen Empörung der Herren Eisenbahner und des gesamten übrigen Proletariats in Gestalt eines sofortigen neuen Generalstreiks mit zugehörigen öffentlichen Demonstrationen und Vandalismus; statt dessen aber erfolgte nur ein politisches Dekret, nebst freundlichen Verhreibungen für die Zukunft. Ein Teil der Zuschauer fand dieses Ende des Spiels weise, ein anderer seige, ein dritter und kleinster Teil sah es als höchst unangemessen an und nahm es wichtig. Richtig haben alle drei Teile der Zuschauer. Der Generalstreik ist allgemein und der Streik der Eisenbahner im besonderen blieb aus, weil die Alteute in der Tat ein ungünstiges Ende vorausahnen, das ihnen inneren und äußeren Zwecken direkt und indirekt nur schaden konnte, weil sie ihr ihre werten Personen Angst hatten vor aller Prinzipienbefreiung, und weil endlich ihre effektive Macht salviert blieb. Die Herren Eisenbahner namentlich hatten wohl der Regierung an Entschließung der Sprache nichts vorzugeben und unter Bezeichnung ihrer Macht, nach Belieben das Leben der ganzen Nation zum Stillstand zu bringen, angekündigt, daß sie jetzt im Augenblick jedes Streikabschluß aufzugeben, weil sie vom Streik eben jetzt auch die erhoffte Wirkung haben würden, daß sie aber auch für die Gegenwart sehr wohl wüssten, in der Obstruktion, der Sabotage (materialen Schädigung der Betriebsmittel) usw. Waffen in der Hand zu haben, mit denen sie dem Bourgeois-Staate und seiner Regierung Vergeltung üben könnten.

Wer die Herren Eisenbahner in den letzten Jahren in Italien beobachtet hat, wie sie ungeduldet der ihnen von den Bourgeois überwiesenen Erhöhung der Gehälter im Betrage von nicht weniger als 43 Millionen lire in unbestechlicher Haltung nicht im mindesten nachliegen, und wer ferner bemerkte, daß wie in den mehr und minder gebildeten "eigenlichen" Proletariaten in Italien auch höhere und niedere Beamte sowie einige Kategorien von angehenden Kleinbürgern gekämpft haben, der wird befreien müssen, daß sich im Stato Italien ein besonderer Staat mit revolutionärer und republikanischer Tendenz konstituiert hat, der höchstens den ersten Bereich leicht viel herausnehmen kann und darf. Verharren die Hoffnungen des Bourgeoisstaates in der bisherigen Isolation, so kann es trotz der Minderwertigkeit der Energien des Bourgeoisstaates doch wohl dahin kommen, daß dieser in einem kritischen Moment triumphiert. Exempla docent!

v. Moltke gegen Harden.

(Eigener Nachbericht.)

Berlin, 24. Oktober.

Die Vormittagszählung.

Der Andraß zur heutigen Verhandlung des Bekleidungsdezesses Moltke-Harden ist befragt. Die Jungen Männer nur durch Zuhörer in den Saal zugelassen. Glücklicherweise ist das Wetter aber schöner, so daß die Luft in dem Raum nicht so stinkt wie gestern. Von der Ettermann des Raumes sieht das lebensgroße Porträt Friedrich Wilhelm IV. erstaunt auf die Vorgänge. Es läuft leicht an. Beide Parteien suchen sich zu möglichen und stellen ihre neuen Beweisanträge. Die Nachwirkung der geistigen Zeugenvorwerfung ist noch so stark, daß der Rechtsbeistand des gräflichen Klägers unwillkürlich fragt, die Befindungen der Frau v. Gordon zu an sich eindeutig wahrhaftiges Licht auf seinen Kläger werfen, aber man will sie aus den betrüblichen Verhältnissen heraus beurteilen. Holzt eine mit Bathos vorgetragene Schilddung der ehemaligen Charakterzweifalen des jungen die Frauen im allgemeinen etw. ritterlichen Grafen. Auch der wiederholte Hinweis auf die freuen Verhältnisse des Grafen steht nicht. Indessen ist zu sagen, daß die Töchter Gordon zwar hoch sind, aber nicht wahrhaft. Bernstein wird schon bürger. Er will durch Zeugen beweisen, daß S. W. der Kaiser u. a. auch von einer Anzahl Väterleuten umgeben war (die Schenke von solchen Wörtern schwinet langsam, aber sicher in diesem Prozeß) und nennt die Zeugen darüber. Ob Fürst Eulenburg dazu zu rechnen, werde sich vielleicht herausstellen. Es sei aber kaum denkbar, daß Graf Moltke nichts davon gewußt habe. In Bezug auf den Grafen Hohenan ist geboten zu haben, sei vom Kläger bereits zugestanden worden. Harden habe diese Väterleutengeschichten wohl gewußt, aber nicht ernsthaft. Nun aber sollen sie beweisen werden. Aus der Verteidiger-Kontroverse über die Wichtigkeit der gestellten Beweisanträge geht noch eine sehr wichtige

Beklbung hervor. Herr v. Gordon wehrt sich heftig dagegen, Frau v. Elbe den Vorwurf des Weinehrs oder der Unsohbarkeit machen zu wollen. Ihre Aussage möge ihrer subjektiven Überzeugung entsprechen.

Nun kommt ein Triumph Harden. Er wirkt dem Kläger, dem früheren Generalschultheißen, Generalrat, Kommandant von Berlin, bewußte Unwahrheit vor. Zweimal, dreimal fällt das ominöse Wort. Durch die Geschicht der Anwälten, der Altmänner, Offiziere, Beamten, zuckt es. Jetzt muß etwas passieren, denkt man — und bat falsch gedacht. Graf Moltke zieht leicht die Achsel. Die Sache ist für das juristische Urteil wichtig. Denn Harden will damit beweisen, daß ein Teil der Urteile, besonders die Nachträge zwischen dem Grafen und dem Sägen, nicht genügend Grund zur Klage geben können wegen der inzwischen eingetretene Veränderung. Er nennt jetzt den Namen des Freiherrn v. Berzer, des bekannten Theaterdirektors, der mit dem Grafen unmittelbar nach dem Eröffnen der ersten Artikel über ihre Vereinigung gesprochen und ihm auf den Kopf zugesagt habe, daß er gemeint sei. Harden zitiert gleich Bismarck, der ihm gegenüber schon damals den damaligen Grafen Eulenburg mit den schärfsten Ausdrücken beleg und ihn der Homosexualität beschuldigt habe. Auch zu anderem habe Bismarck gesagt. General Hans Graf v. Molte antwortet auf den Vorwurf bewußter Unwahrheit — elegisch. Er habe wohl die Spuren in den Artikeln verstanden, aber er später hätten sie verlosgbare Form angenommen. Cost tot. Aber dann ein Schlag, der quer zu wirken scheint: „Ach! Richter haben in meinem Schiedsvertrag die jegliche Grausamkeit v. Elbe für den allein schuldigen Teil erklärt.“ Bernstein wird nervös, er sieht die Gefahr, springt auf und patzt: „In dem Schiedsvertrag ist von dem Sexualleben des Ehepaars überhaupt nicht die Rede gewesen. Die Alten liegen vor.“ Dies greift Harden an und wiederholt das schwerwiegende Wort von der wissenschaftlichen Unwahrheit. Der Chef des Generalstabes der Armee Graf Moltke habe von dem Kläger in Ausdrücken gesprochen, die er nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit wiedergeben könne. Wenn alles nicht wahr sei, so möge doch der Kläger anzeigen, weshalb er eigentlich verabschiedet worden sei. Auch zu dem Prozeß sei er gezwungen worden, Fürst Bismarck und der Chef des Militärbüros Graf Hünenberg seien sie Zeugen hierüber zu vernehmen. Harden ist aufgesprungen und in Eile ausgetreten. Der Vorsitzende zieht sofort Wasser ins Gesicht: „Riegen Sie sich doch nicht so auf, Herr Harden, das hat ja keinen Zweck.“

Harden will also den Kanzler vernnehmen lassen — Graf Moltke tut den letzten Schritt: er beantragt die Vernehmung S. W. des Deutschen Kaisers darüber, daß Graf Moltke ihm nie von Pointi geschworen habe. Weiter geht es glücklicherweise nicht mehr. Reden bei ist von Harden eine direkte politische Einwirkung des Klägers auf den Kaiser nicht beobachtet worden. Das soll Fürst Eulenburg befürchtet haben. Zum Grafen Moltke wird Fürst Eulenburg beauftragt Harden auf Grund des Zeugnis der Zeugen v. Elbe, daß er dem Fürsten Eulenburg Berichte über die Vorfälle in der Umgebung des Kaisers überreicht habe.

Als bemerkenswert hat noch zu gelten, daß Harden den schwerwiegenden Grafen Hohenan darüber bestreitet, er den Kronprinzen aus dem Sexualleben mancher Herren in der höheren Umgebung aufmerksam gemacht habe, ungefähr mit den Worten: „Wie müssen wegen den Geschichten den Kopf ausziehen“...

Über die Unzumut vom Bekleidungsdezess hatte sich der Gerichtschor jetzt schriftlich zu machen. Es stellt alle juristisch darzutun, daß Harden die Zusage einer direkten politischen Einwirkung des Klägers auf den Kaiser nicht beobachtet habe. Der Kläger als Kläger bestreitet, daß der Grafen Hohenan das Leben der ganzen Nation zum Stillstand zu bringen, angekündigt, daß sie jetzt im Augenblick jedes Streikabschluß aufzugeben, weil sie vom Streik eben jetzt auch die erhoffte Wirkung haben würden, daß sie aber auch für die Gegenwart sehr wohl wüssten, in der Obstruktion, der Sabotage (materialen Schädigung der Betriebsmittel) usw. Waffen in der Hand zu haben, mit denen sie den Bourgeoisstaat und seine Regierung Vergeltung üben können. Der Kläger habe mit großem Misstrauen aufgenommen. (Vorwider zum Gerichtsschreiber: Notieren Sie bitte: „Herr Harden bat den Zeugen mit grossem Misstrauen aufgenommen.“) Das Wort wird noch mehrmals von Bernstein und Harden aufgegriffen und in den Debatte vermerkt. Es folgt eine unzählbar auch zur angedeutende Schilderung der Orgien in der dem Marmonpalais gegenüber gelegenen Villa eines inquisitiven zusammengehorenden Offiziers. Hier oder fünf Herren seien manchmal dabei gewesen, auch Herren in Civil. Es habe ein lustliches Dämmerfest verbracht. Ob der Kläger als Kläger schon früher an diesen Zeugen nicht behauptet, wenn es ihm auch so sei. Er habe einige der Herren nicht persönlich gekannt. Im Verlaufe der Vernehmung kommt dann noch zur Sprache, daß der Zeuge in dem ihm von Harden gerichteten Buch des Fürsten Eulenburg, das dem genealogischen Taschenbuch von 1902 vorgezeigt wird, einen der Herren in Civil zu erkennen glaubt. „Er muß es gewesen sein.“ Wie soll die Justiz in dieser Zeit gewesen sein? Einem Zeugen ist einmal ein Antez gemacht worden; er habe aber geantwortet, er mache solche Sachen nicht. Wie entzückend bemerkte der Zeuge noch, daß er sie nur um solche Dinge bewußt habe. Auch der Kommandeur des Gardekorps, General von Kessel, tritt auf. Ob er mit dem Grafen Moltke über die Verhältnisse in Potsdam gesprochen habe? Nein. Ob Graf Moltke ihm gestanden habe, über eines Potsdamer Fall nicht berichtet zu haben? Nein. Der General, der eine Stunde dat warten müssen, sieht sehr indigniert aus und verläßt mit langen Schritten und summendem Gruss den Saal.

Die erreichten Zeugen zu dem herausgegriffenen Beweisbema sind nunmehr verasen und es wird eine Pause bis 4 Uhr gemacht.

Die Nachmittagszählung.

Zwischen den beiden Verteidigern besteht kein lebensgefährliches Gebrüder. Der Zugang zu dem Gerichtssaal politisch geräumt werden müssen. Nach der Eröffnung hält Herr v. Gordon die Zeit für gekommen, einen Vorstoß zu machen. Er teilt mit, Fürst Eulenburg sei in Berlin und werde sich vernehmen lassen. Nur könne er nicht vor Gericht erscheinen wegen Krankheit. Der Anwalt überreicht dabei ein ärztliches Attest, in dem es von Götz, Rechts-